

Die Ameise.

Organ des Gewerkevereins der Porzellan-, Glas- u. verw. Arbeiter.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

General-Rath.

Erscheint jeden Freitag.
Vierteljährlicher Abonnementpreis für Nichtmitglieder 60 Pf. = 26 Kr. Dester. Währ. —
Expedition: C. Rosstraße 25.
Alle Postanstalten u. Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Redakteur: Hugo Volke,
C. Rosstraße 25.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. = 12 Kr. Dester. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. = 9 Kr. Dester. Währ.

Für Zusendung v. Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr. Dester. Währ. als Vergütung erhoben.

Nr. 46.

Berlin, den 17. November 1876.

Dritter Jahrgang.

Fabrikanten, wie sie sein sollen.

Von achtbarer Seite erhalten wir folgenden Bericht zur Veröffentlichung:

„Am 5. November fand in Hannover eine Versammlung der nord- und ostdeutschen Steingutfabrikanten statt, welcher auch der Vorsitzende des Verbands süd- und westdeutscher Steingutfabriken beizuhörte. Das Resultat der eingehenden Berechnungen und Besprechungen war der Beschluß, trotz des verminderten Absatzes an den bisherigen Verkaufspreisen festzuhalten, eben weil die Kalamität eine allgemeine, durch die geringere Konsumtion bedingte sei, während die in Folge zeitweilig billiger gewordenen Brennmaterials gemachte Produktions-Ersparniß zu wenig Bedeutung habe, um eine derselbe entsprechende Reduktion der Verkaufspreise zu rechtfertigen.“

Man war völlig klar über die traurigen Konsequenzen, welche vereinzelt Herabgehen der Preise haben würde, da man in früheren Zeiten ja genügend erfahren hatte, wie illusorisch der Vortheil ist, welcher von dem in Folge dessen kurz andauernden größeren Absatz erhofft wird. Bei dem, in der Steingutfabrikation durch das Mißverhältnis zwischen Umsatz und Höhe des baaren wie intellektuellen Anlagekapitals bedingten, ohnehin geringem Gewinn, mußte eine Reduktion der Verkaufspreise zunächst die Arbeitslöhne und die Qualität der Waaren nachtheilig beeinflussen. Der Nothwendigkeit einer Abminderung der Löhne aber müßten sich die Fabrikanten vorab verschließen halten, umsomehr weil alsdann nicht ausbleiben könnte, daß der bekannte Renleaur'sche Vorwurf auch für die Steingutfabrikation zutreffend werden würde. Und eine Verschlechterung der Waare würde doch Alle, Publikum wie Fabrikanten und Arbeiter, dauernd aufs Empfindlichste schädigen. Eine Einschränkung der Fabrikation in demjenigen Procentsatz, welchen die angestellten Berechnungen für die Verminderung des Absatzes ergaben, wurde für das einzig richtige Mittel erkannt, und beschlossen, darin einhellig vorzugehen. Müßten auch die Vertreter der verwandten und konkurrierenden Fabrikationszweige an ähnlichen Grundsätzen festhalten, so schwer es auch sein mag, den möglichen, aber immer nur momentanen, Einzelvortheil aus Rücksicht für die Gesamtheit schwinden zu lassen.

Sonst würde eine Veroute im Markte, eine Entwerthung so vielen Anlagekapitals, ein Nothstand der Arbeiter eintreten und als Errungenschaft der Abminderung der Verkaufspreise ein Zweig der deutschen Industrie die Berechtigung des Vorwurfs „billig und schlecht“ eintauschen.“

Unsere Leser, insbesondere die Mitglieder des Gewerkevereins werden sich des freudigen Gefühls darüber nicht verschließen können, daß von Seiten der Steingutfabrikanten bei Verathung einer so wichtigen Angelegenheit, wie der vorstehend bemerkten, auch auf die Arbeitnehmer Rücksicht genommen und deren Interesse gewahrt worden. Ehre den Fabrikanten, welche die auch von uns bekämpfte Phrase der Socialdemokraten, daß alle Arbeitgeber „Ausgänger der Arbeiter“ sind, zu Schanden machen. Möge das Beispiel der Steingutfabrikanten allüberall Nachachtung finden, damit der lebhafteste Wunsch der deutschen Gewerkevereine, daß die gegenwärtig leider bestehende Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bald möglichst ausgefüllt werde, endlich in Erfüllung gehe! **Friede zwischen Kapital und Arbeit** — das ist und bleibt die Lösung aller wahren Arbeiterfreunde.

Die Redaktion.

Das Schlaraffenland der Socialdemokraten.

II.

„Ich wollt, ich wäre König“, träumt man, wenn man noch mit Kinderaugen in die Welt hineinsieht. Und nicht viel anders als Phantastien solcher Art sind, wie wir neulich an dieser Stelle bemerkten, die Vorschläge und Wünsche der Socialdemokraten. Nur, daß sie jenes kindliche Wort verallgemeinern und etwa sagen, „Wir wollten, wir alle wären Könige“. Schmeckst du prächtig, denkt der Arbeiter und das Wasser läuft ihm im Munde zusammen, wenn ihm solcher Vorschlag als Bratenstück vorgehalten wird. Schade nur, daß ein großer Hirseberg den Eingang zu dem schönen Schlaraffenlande versperrt, in welchem alle Menschen wie Könige leben. Im Märchen heißt es, man müsse sich, wenn man in dieses gelobte Land kommen wolle, durch den Berg hindurch essen. Ist eine beschwerliche Arbeit, und der Socialdemokrat, der das Beschwerliche nicht liebt und um Rath nie verlegen sein darf, will einen leichteren Weg angeben. Die schon angeführte Braunschweiger Broschüre, in welcher das socialdemokratische 2 mal 2 ist 5 recht hübsch bewiesen ist, stellt den Wegweiser nach folgender Himmelsrichtung aus:

Wie's in der Welt jetzt hergeht, verdienen die, welche wenig arbeiten (— der Socialdemokrat denkt immer nur an die Menge, nie an die Beschaffenheit der Arbeit —) mehr, als die, welche die ermüdendste und aufreibendste körperliche Arbeit besorgen. Auch mit den Beamten verhält es sich so. Am schwersten und anhaltendsten müssen die unteren Beamten beim karglichsten Gehalt arbeiten. Mit der höheren Stellung vermindert sich die Arbeit und steigt der Gehalt“ (— der Socialdemokrat möchte auch die unteren Beamten in seine Schlingen locken. —) „Nun aber“, heißt es weiter, „betrachte den Handwerker! Einzelnen gelingt es, sich empor zu arbeiten, Andere mögen vor Noth und Sorge geschützt sein, aber die große Menge der Handwerker kämpft mit der Sorge, die um so drückender ist, als die ganze Existenz davon abhängt, das selbstständige kleine Geschäft gegenüber der Konkurrenz der großen Geschäfte und gegenüber den blutsaugerischen Wucherern zu erhalten. . . . Heute vermag nur der im allgemeinen Wettlauf, in der rücksichtslosen Konkurrenz aller (— der Socialdemokrat will wohl gar den Kunstzwang? —) zu bestehen, der die großen Mittel, das große Kapital in die Waagschale zu werfen hat.“ — Der Socialdemokrat will also auch nach den Handwerkern sein Netz auswerfen. Warum nicht auch nach den Kaufleuten? Ei ja, auch diesen hält er die Leimruthe hin: „So geht es, fährt er fort, auch auf dem Gebiete des Handels. Den kleinen Händlern geht es schlecht, während die großen Händler in ihrer Mehrzahl Reichthümer erwerben.“ Daß der Socialdemokrat es auch auf die Kleinbauern abgesehen hat, wissen wir schon. Er streut ihnen folgende Lockspeise aus: „So geht es auch auf dem Lande. Der kleine Bauer hält sich mit mühseliger Arbeit so eben hin; mit Manchem geht es abwärts. Und wenn man die Lage des kleinen Bauernstandes, von wenigen glücklichen Gegenden abgesehen, mit einem Worte bezeichnen will, so kann man nur sagen: er verarmt. Da ist der Wucherer, der die Noth einer schlechten Ernte auszubenten versteht! Mehr und mehr sehen wir, wie verschiedene Höfe in eine Hand kommen, und wie hier und da von kleinen Bauern Land an die großen Besitzer verkauft wird! Ist die letzteren vermögen aus der Landwirthschaft wirklich Nutzen zu ziehen. So sehen wir, lieber Leser, wie die Gesamtheit derer, die

da fleißig arbeiten, keine Reichthümer erwirbt und oft heimgesucht wird von Noth, Kummer und Sorge. Über das fleißige arbeitende Volk schafft alle jene Reichthümer, die denen zufallen, die nie gearbeitet haben oder deren Arbeit kaum zu nennen ist. Für die fleißige Arbeit kaum die Existenz! Aber Reichthümer für die, die nie oder doch selten etwas Nützliches leisten! Ist das wohl gerecht? Gewiß nicht. — Was die Socialdemokraten bekämpfen, ist nicht der Erwerb für geleistete Arbeit, wie Manche glauben könnte, nein, dieser Erwerb soll gerade gegenüber denen gesichert werden, die Nichts oder fast Nichts thun und doch erwerben und zwar das, was Andere erarbeitet haben und die obendrein noch das Meiste, den Löwenanteil, an sich ziehen. Indem die Socialdemokraten den mühelosen Erwerb in jeder Gestalt bekämpfen, bemühen sie sich, dem arbeitenden Volke den Ertrag seiner eigenen Arbeit zu sichern.“

So der Socialdemokrat, den wir hier zu Worte kommen lassen müssen, damit die Leser wissen, worauf er hinaus will. Wenn wir ihn mit seinen Ausprüchen abweisen, so wollen wir uns dabei nicht der Waffen bedienen, welche uns die Wissenschaft an die Hand giebt, wollen nicht in den tiefen Furchen pflügen, welche von unseren großen Nationalökonomien in gewaltiger Geistesarbeit gezogen worden sind, wollen nicht die logisch begründeten Formeln von der Berechtigung des Kapitalzinses, der Bodenrente u. s. w. anführen, sondern gedenken, wie bisher, schlicht und einfach, so daß jeder geringste Tagelöhner uns verstehen kann in Gleichnissen und Bildern des alltäglichen Lebens zu reden. (Fortf. folgt.)

Protokoll der 3. ordentlichen Generalversammlung zu Rudolstadt,

verhandelt den 23. bis 27. September 1876.

(Dritter Sitzungstag.)

Nach Beendigung der Mittagspause erhält zunächst Hr. Volke das Wort zur Verlesung eines Dankschreibens des Anwalts Hrn. Dr. Max Girsch auf den an ihn gesandten telegraphischen Glückwunsch, worin derselbe den Verhandlungen den besten Fortgang wünscht. Die Versammlung nimmt das Schreiben mit lebhafter Befriedigung auf.

Hr. Leng L. beantragt alsdann, „dem neu zu wählenden Generalrath die Vollmacht zu erteilen, die sich als gesetzlich nothwendig ergebenden Aenderungen am Krankenassen-Statut vornehmen zu dürfen“, was einstimmig angenommen wird.

Es folgt die Berathung über Verwendung des bei erfolgter Auflösung der alten Kr.-Kasse vorhandenen Fonds und über Wahrung des Anrechts der weiblichen Sterbekassenmitglieder.

Hr. Bey spricht sich dahin aus, daß der alte Kassenbestand als Reservefond zu deponiren sein würde, und daß aus diesem die alten Kr.-Kassenmitglieder, welche über dreizehn Wochen krank sind, eine Extra-Unterstützung erhalten sollten, wodurch gegenüber der Beitragserhöhung eine Entschädigung geboten wäre. Das Anrecht der ca. 40 weiblichen Mitglieder möge man in der Weise sichern, daß man für dieselben à 60 Mk. aus dem alten Krankenassenfond entnehme und sicher anlege. Hr. Volke äußert sich in demselben Sinne; die dargelegten Ansichten seien auch vom Anwalt im Centralrath angeregt und von demselben acceptirt worden. Dollmann und Leng L. gleichfalls im Sinne Bey; aus dem alten Fonds seien ja auch die alten Mitglieder während der dreiwöchentlichen Karenzzeit in der neuen Kasse zu unterstützen.

Hellmigt erblickt in der Deponirung des vollen Betrages der Sterbekasse der weiblichen Mitglieder eine allzu hohe Verbindlichkeit denselben gegenüber, die Frauen hätten seiner Meinung nach den vollen Betrag noch nicht eingezahlt. Bey erklärt dem gegenüber, daß die weiblichen Mitglieder die Beiträge ja fortzubehalten hätten; diese würden dem Reservefond zustießen. Beim Eintritt in eine

zu gründende Verbands-Frauen Sterbekasse hätten die Mitglieder die vom Sachverständigen berechneten Sätze als Beitrag zu zahlen. Hr. Haack glaubt, daß die Frauen in eine solche Kasse schwerlich eintreten würden. Ebenso Scholz, worauf Bey nochmals für seine Ansicht eintritt und einige seiner Meinung nach entstandene Irrthümer aufklärt. Hellmigt spricht dafür, daß man die Frauen auszähle, da die erwähnte Kasse doch nicht anerkannt würde. Zur weiteren Verlauf der Debatte und nachdem Bey einen, seine ausgesprochene Ansicht über die Rechte der Frauen formulirenden Antrag (33) eingebracht, beantragt Scholz, die ganze Sache bis morgen zu vertagen und Hr. Bey zu beauftragen, bis dahin eine umfassende Vorlage auszuarbeiten und der Versammlung zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Nachdem Hr. Voigt gegen Antrag Scholz gesprochen und gebeten hat, die Sache sofort zu erledigen, wird Antrag Scholz abgelehnt und Antrag Bey (33) angenommen. Es läuft ein weiterer Antrag Bey (35) ein: Den Gesamtfonds der alten Kasse, welcher nach Beendigung der dreizehnwöchentlichen Kassenzeit noch übrig ist, bei der Reichsbank zu deponiren und daraus alten Mitgliedern der Kr.-Kasse, welche über 13 Wochen krank sind, eine Extraausstattung zu gewähren. Ein Amendement Paesler will die Extraausstattung erst nach 26 Wochen gemährt wissen. Hr. Scholz beantragt nochmals Vertagung der Sache, um eine Vorlage schaffen zu können. Nach eingehender Begründung desselben zieht Bey seinen Antrag zurück und ist die Sache damit bis zum nächsten Tage zurückgestellt.

Alsdann wird von Bey darauf aufmerksam gemacht, daß es notwendig sei, dem neu zu wählenden Vorort die Vollmacht zu erteilen, nach erfolgter Zulassung die neue Kr.-Kasse konstituiren zu können. Hr. Scholz bringt einen dahin gehenden Antrag (37) ein, der von der Versammlung einstimmig angenommen wird.

Es folgt sodann die Berathung über das Organ. Nach längerer Diskussion wird beschlossen, zuerst über den „Gewerkverein“ in Berathung zu treten, um betreffs der „Ameise“ die noch vorhandenen Mittel zu kennen. Dazu liegt ein Antrag vor von Althaldensleben, der die Bestimmung, daß auf je drei Mitglieder ein Exemplar des „Gewerkverein“ kommt, gestrichen, und nur Pflichtexemplare gehalten wissen will, und ein Antrag Fürstenberg, Ortsvereine unter 30 Mitglieder sollen nur 1 Exemplar, Ortsvereine über 30 Mitglieder 2 Exemplare halten.

In der Debatte erhält zunächst Hr. Scholz das Wort. Derselbe erklärt, daß für ihn betreffs der Beibehaltung des „Gewerkverein“ in der bisherigen Weise die Frage von Bedeutung sei, ob bei Verringerung des „Gewerkverein“ die Redaktion der „Ameise“ auch ferner unentgeltlich besorgt werde. Hr. Bolms spricht für Antrag Althaldensleben und empfiehlt denselben zur Annahme. Bey weist darauf hin, wie notwendig die Beibehaltung bezw. die Fortführung des Verbandsorgans zur Bezeitigung der noch so häufig hervortretenden Unkenntnis sei. Wir könnten für den „Gewerkverein“ und die „Ameise“ in der bisherigen Weise aus den Kassen weiter zahlen und trotzdem könne unser Gewerkverein, wie bewiesen, für die Interessen seiner Mitglieder eintreten und dieselben wahren. Hr. Nagel tritt für Antrag Fürstenberg ein, den er mit Rücksicht auf die schlechte Geschäftszeit und die angenommene Erhöhung der Beiträge zur Kr.-Kasse zur Annahme empfiehlt. Gleichzeitig beruft sich Redner auf Aeußerungen des Anwalts betr. die obligatorische Einführung des Organs auf dem 3. und Verbandstage zu Leipzig.

Bey berichtigt die Berührung auf den Ausspruch des Anwalts dahin, daß, obgleich derselbe von dem obligatorischen Halten des Organs gesprochen, dies noch keine Anwendung auf unsere Verhältnisse fände, da wir den „Gewerkverein“ nicht obligatorisch, d. h. auf jedes Mitglied ein Exemplar, sondern nur auf drei Mitglieder ein Exemplar stellen. Was den Antrag Fürstenberg anbetreffe, so sei derselbe schon in Rücksicht auf § 4, Abs. 4 des Verbandsstatuts nicht zulässig, denn dieser verpflichtet alle Verb.- u. Ortsvereine, mindestens 4 Exemplare des „Gewerkverein“ zu halten. Hr. Bolke bemerkt bezüglich der von Hr. Nagel angezogenen Aeußerung des Anwalts, daß dieser damit nur vermeiden wollte, daß, wie von einem Ortsverein beantragt worden, sämtlichen Gewerksvereinen unter den damaligen ungunstigen Zeitverhältnissen das obligatorische Halten des Organs zur unbedingten Pflicht gemacht werde.

Hr. Scholz spricht nochmals seine oben angeführte Ansicht aus und wiederholt seine Frage wegen der unentgeltlichen Redaktionen der „Ameise“, zu der er sich an Hr. Bolke als Vertreter des Verbandes bezieht. Die Diskussion schließt sich nach und nach zu einer Besprechung der Berathung über „Gewerkverein“ und „Ameise“. Hr. Bolke bemerkt gegen Hr. Scholz, daß er die von diesem an ihn gestellte Forderung einer Erklärung eigenhändig habe. Die Sache habe in den Händen, als sei er zur ferneren unentgeltlichen Redaktionen verpflichtet. Er erklärt jedoch trotzdem, die Redaktionen der „Ameise“ auch weiter unentgeltlich zu führen, man möge andererseits aber auch für die Erhaltung des Verbandsorgans in der bisherigen Weise sorgen, denn der „Gewerkverein“ sei und bleibe das beste Verbandsorgan, man möge man deshalb nicht ablassen, das Verbandsorgan in der bisherigen Weise zu erhalten, was letzteres Sache der Vorstände sei. Redner weist auf die Erwünschtheit hin, die nur durch einig-

Unterstützung ihrer Presse herangewachsen sei. Hr. Nagel glaubt es nicht verantworten zu können, für die unveränderte Beibehaltung des „Gewerkverein“ zu stimmen. Haack und Winter bringen den Antrag ein, die 30 Pf., die bis jetzt die Mitglieder für die „Ameise“ zahlen, künftig aus der Gen.-Rathskasse zu decken. Die Antragsteller sind in der Motivirung dieses Antrages der Ansicht, daß dies sehr wohl möglich sei.

Ein Antrag Dollmann, die Berathung über den „Gewerkverein“ bis nach Schluß der Berathung über die „Ameise“ zu vertagen, wird abgelehnt, nachdem Scholz dagegen gesprochen. Hr. Bey tritt wiederholt für unveränderte Beibehaltung des „Gewerkverein“ ein und giebt gleichzeitig einige Zahlen über die Kosten desselben, die sich bei Inanspruchnahme für uns auf 650 Mk. jährlich belaufen und bei etwaiger Verringerung sich entsprechend vermindern würden. Bezüglich der „Ameise“ spreche er sich dahin aus, daß er für Besoldung des Redakteurs sei, damit wir von demselben auch Pflichten beanspruchen könnten. Gleichzeitig giebt Redner einen Ueberblick über einen von ihm aufgestellten Etat zur „Ameise“. Die Subvention zur „Ameise“ aus der Kr.-Kasse sei von ihm rundweg auf 500 Mk. veranschlagt worden; dieselbe sei übrigens, wenn auch im Prinzip schon bei der Berathung des Kr.-Kassenstatuts entschieden, noch nicht endgiltig beschlossen. Eine Anfrage Hellmigt, unter welchem Titel der Zuschuß für die „Ameise“ geführt werden solle, wird von Bey dahin beantwortet, daß dieser Posten als Verwaltungskosten betrachtet wird. Ein eingehender Schlusstrat wird abgelehnt und in der Debatte fortgesetzt.

Hr. Scholz wendet sich in längerer Ausführung gegen die Erwiderung des Hr. Bolke auf seine Anfrage und legt dar, daß er sich im Einklang mit den Ansichten in seinem Ortsverein befände; führt Hr. Bolke die Redaktion unentgeltlich weiter, so will Redner von der Verringerung des „Gewerkverein“ absehen. Dollmann bringt zu Antrag Althaldensleben ein Amendement ein, nach welchem Ortsvereine von 50 und mehr Mitglieder außer dem Pflicht-Exemplar auf je 10 Mitglieder ein Exemplar mehr zu halten haben. Antragsteller begründet dies Amendement und führt weiter aus, daß eine Ersparnis jedenfalls geboten sei. Bey bittet zunächst über die etwaige Verringerung des „Gewerkverein“ sich schlüssig zu werden. Im Laufe der weiteren lebhaften Debatte erklärt sich Hr. Bolke nochmals bereit, die Redaktion der „Ameise“ unter den erwähnten Umständen auch auf fernere 3 Jahre unentgeltlich zu übernehmen. Alsdann tritt Schluß der Debatte ein.

Ueber den Antrag Fürstenberg wird in Rücksicht darauf, daß derselbe gegen das Statut verstößt, indem er die Zahl der zu haltenden Organe über das erlaubte Maß verringern will, zur Tagesordnung übergegangen. Vor der weiteren Abstimmung bemerkt Hr. Bey zur Klärung der Sache, daß Hr. Bolke, wie dieser selbst zugeben werde, wenn er seine (des Redners) Gründe höre, in Rücksicht auf die Verhältnisse die zugesagte unentgeltliche Redaktion der „Ameise“ nicht weiter fortführen könne. Auf Verlangen legt Redner diese Gründe des Näheren dar; Hr. Bolke kann sich denselben jedoch nicht anschließen. Das Amendement Dollmann ist, da es weiter als der Antrag Althaldensleben ging, vom Antragsteller wesentlich modifizirt und als selbstständiger Antrag eingebracht worden. Es gelangt zunächst Antrag Althaldensleben zur Abstimmung. Hr. Nagel beantragt hierzu namentliche Abstimmung. Der Antrag Althaldensleben wird mit 9 gegen 2 Stimmen (Nagel und Bolms) abgelehnt. Der Antrag Dollmann dagegen: „Ortsvereine bis zu 40 Mitgliedern einschließlich, müssen die laut Verbandsstatut erforderlichen 4 Exemplare „Gewerkverein“ halten, Ortsvereine über 40 Mitglieder auf je 10 Mitglied ein Exemplar mehr“ wird mit 7 gegen 4 Stimmen angenommen. Hr. Bolke erklärt sich dadurch von seiner Zusage entbunden. Es kommt der Antrag Haack-Winter zur Verhandlung, der die bis jetzt von den Mitgliedern gezahlten 30 Pf. zur „Ameise“ ebenfalls aus der Generalrats-Kasse gedeckt wissen will. Hellmigt, Scholz und Bey machen auf die Unmöglichkeit aufmerksam, diesen Antrag anzunehmen; die Summe sei so bedeutend, daß sie alle anderen Zwecke absorbiren würde. Ein von Nagel eingebrachter Antrag will Uebergang zur Tagesordnung; Antragsteller zieht denselben jedoch wieder zurück. Der Antrag wird darauf mit 9 gegen 2 Stimmen abgelehnt. (Fortf. folgt.)

Bereinsangelegenheiten.

§ Althaldensleben, 29. Oktober. Am heutigen Tage, Nachmittags 3 1/2 Uhr, fand hier selbst beim Gastwirth Hr. Gehret eine Versammlung der Ortsvereine der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter zu Alt- und Neuhaldensleben statt, wozu nicht nur Vereinsmitglieder, sondern auch einige Fabrikbesitzer, Werkführer und andere Betriebsarbeiter erschienen waren.

Nachdem der Vorsitzende des Althaldenslebener Ortsvereins die flaktbesagte Versammlung begrüßt und zum ruhigen Verhalten aufgefordert, erteilte derselbe Herrn Bey aus Berlin Mitglied des Generalrats, welcher erschienen, um einen Vortrag zu halten, das Wort.

Herr Bey referirte, wie wir dem „Stadt- und Landboten für die Kräfte Althaldensleben“ x. entnehmen, an der

Hand der Gewerksvereins-Statuten über die Ziele und Zwecke der deutschen Gewerksvereine. Redner wies nach, wie notwendig es durch die jetzige Großproduktionsweise geworden sei, daß sich die Arbeiter vereinigen müßten, denn als früher ein Arbeitgeber nur einige Arbeiter, Gesellen u. hatte, wurden dieselben mit zur Familie gerechnet, wogegen jetzt ein Arbeitgeber nicht bloß hunderte sondern sogar tausende von Arbeitern habe, so könne sich derselbe nicht um das Wohl eines einzelnen Arbeiters kümmern und seien dieselben daher den willkürlichen Handlungen der Beamten ausgesetzt. Wo nun die vererblichen social-demokratischen Verelungen einen Umsturz der bestehenden Verhältnisse bezwecken und einen gleichen Lohn für ungleiche Arbeit fordern, da wollen die Gewerksvereine ausreichenden Lohn für tüchtige Arbeit. Die größte Schuld an den jetzigen Wirren tragen immerhin noch die Arbeitgeber, indem sie eine Gleichberechtigung der Arbeiter bei Lohnabmachungen nicht anerkennen. Wenn bei ruhigen Zeiten gewerbliche Schiedsgerichte, zusammengesezt durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer, gebildet würden, wie solches die Gewerksvereine bezwecken, so würden viele Strikes verhindert werden. Ebenso müßte dahin gewirkt werden, daß die Kinderarbeit in Fabriken, wodurch ein ungesunder Keim in den Körper der Kleinen gepflanzt wird, mehr beschränkt werde; auch müßte die Zuchtthausarbeit nicht mehr, wie bisher, der Industrie Konkurrenz machen, denn beide, die Kinderarbeit und die Zuchtthausarbeit, drücken die Preise und veranlassen die Herstellung von billigen und schlechten Fabrikaten, und bringen die deutsche Industrie in Mißkredit, wo wir solches auf der letzten Weltausstellung in Philadelphia nach den Berichten des Herrn Reauleaur beobachten können.

Die Einführung von Fortbildungs- und Fachschulen für Lehrlinge sei sehr zu empfehlen, wodurch die Industrie intelligente Kräfte gewinne.

Alsdann besprach Redner noch die Vorteile der nationalen Gewerksvereins-Hilfskassen, welche durch das Hilfskassengesetz einen gesetzlichen Boden erlangt haben, denn in diesen Kassen könne jeder, er möge hinziehen wo er wolle, Mitglied bleiben, auch lerne der Arbeiter die Selbstverwaltung dadurch kennen, womit dem Staat gleichzeitig ein großer Dienst erwiesen würde, indem die Arbeiter ihre Kassen selbst verwalten, wodurch die vom Staate eingeführte Selbstverwaltung sehr unterstützt werde. Ferner führte Redner das Endziel der Gewerksvereine an, dasselbe sei Errichtung von Genossenschaften, wie solche durch die Gewerksvereine schon mehrere errichtet, wodurch sich die Arbeiter gleichzeitig zum Arbeitgeber resp. zum Geschäftsinhaber emporarbeiten können. (Schluß folgt.)

An die Herren Ortskassirer.

Da durch die Beschlüsse der Generalversammlung im Gewerksvereinsstatut mehrfache, nicht unwesentliche Aenderungen vollzogen sind, zum großen Theil aber auch das Quittungsbuch zu Ende ist, so werden die Herren Ortskassirer ersucht, die neuen Statutenbücher, welche in den nächsten Tagen an die Vereine versandt werden, recht sorgfältig auszufüllen und dann den Mitgliedern einzuhandigen. Mit kollegialischem Gruß
Der Generalrath.

Gustav Lenß, Georg Lenß, Bey,
Vorst. Hauptschriftführer. Hauptkassirer.

* Moabit. Ortsversammlung Montag d. 20. Novbr., Abends 8 Uhr, im Wittig'schen Lokale. Es werden die Mitglieder, welche Bücher aus der Bibliothek entliehen haben, ersucht, dieselben zur Versammlung mitzubringen.
W. Danthof, Schriftf.

* Sterbetafel.

Ernst Thomas zu Fürstenberg, Porzellan-Dreher, geb. 4. April 1824, gest. 23. Okt. 1876 an Lungenemphysem. Pers. 28 Mann. Mitgl. d. Kr.- u. Begräbniskasse.
Adolf Hartmann zu Fürstenberg, Kapseldreher, geb. 17. April 1829, gest. 9. Nov. 1876 an Lungenemphysem. Mitgl. d. Kr.- u. Begräbniskasse.

* Berichtigung. In der Quittung in Nr. 45 d. Bl. soll es heißen: Althaldensleben Mk. 241.75, Neuhaldensleben 57.25.
D. Red.

* Adresskalender.

Die Adresse des Hr. Joseph Dollmann ist: Köpenhagen Besterdree, Dannebergstraße, 31 Stue an den Drgang.

Gewerksvereins-Leitfaden.

Eine Anflärung für Jedermann über die

Ziele, Organisation und Leistungen der Deutschen Gewerksvereine, nebst Anleitung zur Gründung neuer Ortsvereine.

Von Dr. Max Girsch und Hugo Bolke.
44 Seiten gr. 8°, sauber broschirt. Preis: durch das Verbandsbureau bezogen 40 Pfg.; auf 6 Exemplare 1 Freieremplar.